Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11010**

18. Wahlperiode 25.01.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

UN-Verhandlungen über die Ächtung von Atomwaffen unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Atomtod bleibt eine Bedrohung für die gesamte Menschheit. Das US-Atomwaffenarsenal wird derzeit modernisiert und aufgerüstet, was auch die in Deutschland lagernden Atomsprengköpfe betrifft. Die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft hat im Oktober 2016 im Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot noch im Jahr 2017 gestimmt (Resolution L.41). Die UN-Vollversammlung hat am 24. Dezember 2016 diesen Beschluss formell bestätigt – ebenfalls mit einer überwältigenden Mehrheit. Bereits am 27. März 2017 sollen die entsprechenden Verhandlungen beginnen. Gemeinsam mit Russland, den USA und den meisten NATO-Staaten hat Deutschland diese Resolution abgelehnt.
2. Der Deutsche Bundesstag begrüßt die Verabschiedung der Resolution „Multilaterale Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung voranbringen“ (L.41) durch die UN-Generalversammlung. Es war das erste Mal in der Geschichte der UNO, dass die atomwaffenfreien Staaten den Mut hatten, die Atommächte und ihrer Verbündeten in dieser Frage zu überstimmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den Beschluss der UN-Generalversammlung für die Eröffnung von Verhandlungen über die Ächtung von Atomwaffen zu akzeptieren und sich in diesen Verhandlungen konstruktiv und konsequent für eine völkerrechtlich verbindliche Ächtung von Atomwaffen einzusetzen.

Berlin, den 24. Januar 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion